

vbb magazin

5

Mai 2019 • 58. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr



Im Austausch

Seite 5 <

**Bundsvorsitzender
in einem ersten
Gespräch mit
MdB Dr. Wadeuhl**

Seite 14 <

**Prof. Dr. Eßig zu
Besuch beim VBB
in Bonn**

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

© shutterstock.com / Christian Draghici

> Editorial



© Jan Brenner / dbb

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nach einer über zwei Jahre dauernden Hängepartie um Strukturen und Dienstpostenbewertungen im Sozialdienst sind die Würfel gefallen und die Dienstposten im Sozialdienst werden mit einer neuen Bewertung nach Besoldungsgruppe (BesGr.) A 12 ausgebracht. Was mit einer an den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) herangetragenen Bitte nach Unterstützung aus der Gruppe der Sozialberater heraus begonnen hat, endet nun mit einer Hebung aller Dienstposten im Sozialdienst nach A 12. Also auch der Dienstposten der Sozialarbeiter. „Kleine“ Ursache, große Wirkung. Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal die Chronologie der Ereignisse der letzten Jahre darstellen, sind aber nach wie vor der Auffassung, dass die jetzt getroffene Entscheidung auch schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte erfolgen können. So manches Mal mahlen die Mühlen wirklich langsam. Und auch die „Kompletthebung“ aller Dienstposten im Sozialdienst ist sozusagen „nice to have“. Auf eine „Unwucht“ erlauben wir uns trotz aller Zufriedenheit über das Erreichte und unserer Freude für die Kolleginnen und Kol-

legen hinzuweisen. Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hält die Entscheidung, die Dienstposten spitz zu bewerten, perspektivisch für zu kurz gesprungen, gerade auch im Hinblick auf die für den Sozialdienst zwingend gebotene Personalgewinnung und Personalbindung. Der VBB hat immer eine Bündelung der Dienstposten nach A 11/A 12 präferiert. Eine am Betroffenen und seinen Problemen orientierte, unter Umständen Jahre dauernde Begleitung durch die Kolleginnen und Kollegen des Sozialdienstes, braucht Erfahrung, Empathie, Einfühlungsvermögen und Einarbeitung in eine Materie, die nicht Bestandteil der Laufbahnausbildung des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes ist. Alles das muss über Jahre erarbeitet und aufgebaut werden. Hierzu ist unseres Erachtens eine längere Stehzeit in der Verwendung unabdingbar. Die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen – auch anlässlich der vom VBB durchgeführten Informationsveranstaltung Anfang des Jahres – bestätigen diese Auffassung. Durch die Spitzbewertung der Dienstposten und die Vorgaben der neuen Personalentwicklungskonzeption (PE) könnte diese These jedoch konterkariert werden, da nach der neuen PE für eine erfolgreiche Bewerbung auf einen nach A 13 bewerteten Dienstposten eine zweite Verwendung in A 12 erforderlich ist. Die Folge könnten kürzere Verwendungszeiten bei Neubesetzungen nach Ausscheiden des bisherigen Dienstposteninhabers sein. Hier wird also der VBB – wie Sie es gewohnt sind – hartnäckig bleiben und auf eine Änderung drängen. Für den Moment sind wir weitestgehend zufrieden mit dem Ergebnis unserer Bemühungen und mit der Tatsache auf unserer To-do-Liste hinter eine weitere Position einen kleinen grünen Haken machen zu können. Allerdings wollen wir mit allen Betroffenen hoffen, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die auf den Dienstposten

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 32,00 € zzgl. 6,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,60 € zzgl. 1,30 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacentr, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** dbbcenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60** (dbb magazin) und **Preisliste 44** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage:** dbb magazin: 599 309 (IVW 4/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

> vbb

>	VBB-Frühjahrsitzung in Bad Honnef	4
>	Bundesvorsitzender in einem ersten Gespräch mit MdB Dr. <i>Wadepuhl</i>	5
>	Themenwechsel	6
>	Personalbogen	8
>	Zusammenarbeit intensivieren	9
>	Verteidigung/Untersuchungsausschuss/Ausschuss – Ohne Kommentar	9
>	Unsere Bundeswehrdienstleistungszentren (BwDLZ) – Aktive Knotenpunkte im Servicenetz	10
>	Entscheidung erwartet ...	
>	VBB gibt Pressekonferenz zum BAAINBw	12
>	Leserbrief	14
>	Prof. Dr. <i>Eßig</i> zu Besuch beim VBB in Bonn	14
>	Frühjahrsitzung der Arbeitsgruppe Technik (AGT) am Deutschen Eck	15
>	Veränderungsmitteilung	16
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	17
>	Personalnachrichten	26



Weitere Informationen zum VBB finden Sie auch online.

Besuchen Sie uns unter:

www.vbb-bund.de

www.facebook.com/vbb.bund



Find us on
Facebook

> dbb

>	Kürzung des Ruhegehalts nach Tod der oder des Ausgleichsberechtigten	28
>	Anhörung im Innenausschuss des Bundestages: Keine Pauschalbeihilfe für GKV	29
>	Hauptversammlung: Vom Lippenbekenntnis zur Umsetzung	30
>	12. dbb Forum Personalvertretungsrecht: Auf dem Weg in die Digitalisierung	32
>	Karoline Herrmann (dbb jugend Bund) und Horst Günther Klitzing (dbb bundesseniorvertretung): Wir müssen Europa näher an die Menschen rücken	36
>	Europawahl: Diesmal geht es um wirklich viel!	40
>	Was vom 23. bis 26. Mai in Europa passiert: How to do „Europawahl“	42
>	fünf fragen an die Führungsspitze der europäischen dbb Dachgewerkschaft CESI	44
>	interview – Europawahl-Spitzenkandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien	47

sitzen, auch in der bisherigen Verwendung bleiben können. Auch diesen Prozess werden wir konstruktiv begleiten.

Wir wollen es aber auch nicht verabsäumen, uns bei denjenigen zu bedanken, die dieses, positive Ergebnis ermöglicht haben. Der VBB kann fordern, diskutieren, anregen und mahnen. Ohne die Bereitschaft der „Amtsseite“, das von uns Geforderte auch umzusetzen, laufen unsere Bemühungen im Zweifel ins Leere. Deshalb gilt unser Dank – mit einem Augenzwinkern zur Form der Präsentation – der „Prima inter Pares“ aus dem hohen Norden

(sie weiß, wer gemeint ist) für ihre Hartnäckigkeit, im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) dem Referat Organisation im Stab Organisation/Revision, den Referaten P I 2, P II 3, P II 4, P III 1, HC I 3 und stellvertretend für die zuständigen Stellen im Geschäftsbereich der Präsidentin des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw).

Anlässlich eines Gesprächs mit Vorsitzenden der örtlichen Personalräte und Mitgliedern des Gesamtpersonalrates im Zuständigkeitsbereich des Zentrums für Brandschutz der

Bundeswehr in Sonthofen wurde aus dem Kreis der teilnehmenden Kollegen der Bundeswehrfeuerwehr das Thema der „Freien Heilfürsorge“ an den VBB herangetragen. Nach eingehender Diskussion vor Ort war allen Beteiligten klar: ein komplexes Thema, das einer umfassenden Prüfung und Auswertung bedarf. Es sei aber bereits jetzt an die interessierten Kolleginnen und Kollegen in den Feuerwachen adressiert, dass ein Übertrag bereits bestehender Regelwerke im Bundes- und Landesbereich auf die Bundeswehrfeuerwehr zumindest hinsichtlich einer bundeswehrinternen Umset-

zung grundsätzlich möglich ist. Jede Medaille hat aber zwei Seiten. Und diese zweite Seite besteht in der Frage nach einer adäquaten Krankenversorgung für die Zeit nach dem aktiven Dienst. Nur den vermeintlichen Vorteil des Wegfalls eines Krankenversicherungsbeitrages als Besoldungsempfänger zu sehen, ohne mögliche Folgen auf die Höhe des Krankenversicherungsbeitrages oder den Leistungsumfang im Ruhestand zu bedenken, ist zu kurz gedacht.

Der VBB wird deshalb das Thema „aufarbeiten“ und zeitnah weiter berichten. ■

VBB-Frühjahrssitzung in Bad Honnef

Das zweithöchste Gremium des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) – der Bundesvorstand – tagte vom 8. bis 10. April in Bad Honnef.



Viele wichtige Themen standen auf der Tagesordnung. Die Schwerpunkte bildeten dabei der VBB-Bundesvertretertag im November 2019 sowie die Personalratswahlen 2020.

Zu beiden Themenkomplexen konnte man in den Medien des VBB bereits etwas lesen. So ist beispielsweise nicht neu, dass der amtierende Bundesvorsitzende Wolfram Kamm infolge seines Eintritts in den Ruhestand im Frühjahr 2020 im November nicht wieder erneut antritt. Als designierter Nachfolger wurde bereits in der Herbstsitzung 2018 Herr Dr.

Liesenhoff vom Bundesvorstand beschlossen. Aber auch weitere zahlreiche Personalien gilt es, im Herbst zu wählen, sei es in der Bundesleitung oder im Bundesvorstand. So stellte sich das ein oder andere Mitglied dem Bundesvorstand vor, erläuterte seine Ambitionen und stand für Fragen zur Verfügung.

Ohne zu viel vorwegnehmen zu wollen sei nur so viel gesagt: Auch in Zukunft wird der Verband der Beamten der Bundeswehr vorbehaltlich der Zustimmung der Delegierten gut aufgestellt sein.

Aber nun gilt es, erst einmal die stimmberechtigten und Gastdelegierten in den jeweiligen Bereichs- und Landesversammlungen zu wählen, entsprechende Anträge zu formulieren und wegweisende Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre vorzubereiten.

Weiteres großes Thema sind die Personalratswahlen 2020. An dieser Stelle ist der VBB tatsächlich früh dran, aber besser zu früh als zu spät. Und eben die Geschehnisse rund um den Bundesvertretertag 2019 machen eine so frühzei-

tige Befassung mit dem Thema notwendig. Der VBB hat bereits in der vergangenen Zeitung dazu aufgerufen, sich zu melden, wenn Interesse besteht, sich auf einer Liste des VBB mit aufstellen zu lassen. Hierauf haben sich bereits zahlreiche Kolleginnen und Kollegen gemeldet. Man kann aber nach wie vor seine Interessenbekundung der Bundesgeschäftsstelle übermitteln. Das entsprechende Formular finden Sie auf Seite 8 abgedruckt.

Tatsächlich neu ist, dass der VBB 2020 sowohl im Beamten- als auch im Arbeitnehmerbereich mit Listen antreten wird. Insofern galt es auch, eine Entscheidung für zwei mögliche Spitzenkandidaten im Hauptpersonalrat zu treffen. Nachdem Herr Stefan Hucul aufgrund einer anderweitigen dienstlichen Verwendung in 2020 nicht mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung steht, fiel die Wahl des Bundesvorstands auf Herrn ROAR Stefan Tittes als Listenführer für die Beamtenliste.

Die VBB-Arbeitnehmerliste im HPR wird von Herrn Alexander Heß angeführt. Beide Kollegen werden sich zu gegebener Zeit den Mitgliedern ausführlich vorstellen.

Die Sitzung des Bundesvorstands wurde darüber hinaus seitens der Bundesleitung dazu genutzt, um über den Sachstand zahlreicher Vorgänge zu informieren, die derzeit bearbeitet werden, sei es in Sachen Sozialdienst oder Organisationsstruktur BAAINBw.

Gerade bei den sich abzeichnenden positiven Veränderungen in der Dienstpostenbewertung lässt sich verbandliches Handeln im Interesse der betroffenen Kollegen/-innen gepaart mit einem vorzeigbaren Ergebnis erkennen. Der Bundesvorstand schließt sich der Bewertung der Bundesleitung an, dass die vorgesehene Neubewertung der Dienstposten für Sozialarbeiter und Sozialberater ohne die aktive Begleitung durch den VBB so wohl nicht gekommen wäre. Mit den geplanten Veränderungen wird auch ein „Mehr“ an Attraktivität im Sozialdienst geschaffen. Es war einhellige Auffassung, dass

sich der Verband zusammen mit den Kollegen/-innen im Hauptpersonalrat dafür einsetzen muss, allen dort Tätigen die Möglichkeit zu eröffnen, auf den nun zu hebenden Dienstposten zu verbleiben, sozusagen als „Lohn“ für die zum Teil jahrzehntelange erstklassige Arbeit. Gleichwohl sieht der Bundesvorstand aber auch mit Sorge, dass perspektivisch – auch im Sinne einer Personalbindung über einen längeren Zeitraum – gebündelte Dienstposten vorteilhafter gewesen wären als die vorgesehene „Spitzbewertung“. Hierzu wurde die Bundesleitung gebeten, in Gesprächen mit dem Ministerium eine Änderung einzufordern.

Ebenso durchweg positiv bewertet der Bundesvorstand den Sachstand in Sachen Organisationsstruktur im Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw). Die Bundesleitung fasste die geführten, politischen Gespräche zusammen und berichtete in diesem Zusammenhang auch über die in Berlin durchgeführte Pressekonferenz. Es wurde vonseiten des Verbandes klar zum Ausdruck ge-

bracht, dass eine Änderung der Rechtsform aus Sicht des VBB nicht zu einer Verbesserung der erkennbaren Probleme bei Beschaffung und Nutzung führen kann, zumal sie in der angedachten Form auch verfassungswidrig ist. Zudem ist es zu kurz gedacht, sich bei der im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfung des Beschaffungsprozesses einseitig nur mit der Beschaffungsbehörde in Koblenz zu beschäftigen. Zu einer vernünftigen, gesamtheitlichen Betrachtung der Prozesslandschaft gehören untrennbar auch die weiteren „Player“, wie die Streitkräfte als Bedarfsträger, des Planungsamt sowie die zuständigen Abteilungen im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Einig war sich der Bundesvorstand auch, dass mit dem durchweg positiven Bericht des Expertenrates zwar eine „Schlacht“ gewonnen sei, nicht aber der Krieg. Nun gelte es abzuwarten, welche Entscheidung durch die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, getroffen wird.

Erfolgreiche Verbandsarbeit ist ohne engagierte Kollegin-

nen und Kollegen nicht denkbar. Zugegebenermaßen eine Binsenweisheit. Und trotzdem ist es wichtig und notwendig, dass sich Mitglieder unseres Verbandes bereit erklären, Funktionen in unserem Verband auf örtlicher und regionaler Ebene zu übernehmen. Das ist bei der allgemeinen Arbeitsverdichtung zunehmend schwieriger zu gewährleisten. Umso mehr freut es uns alle, wenn wir engagierte Menschen für eine aktive Mitarbeit in unserer Interessenvertretung gewinnen können. Als ein äußeres Zeichen des Dankes für eine zum Teil jahrzehntelange Mitarbeit in Funktion konnte der Bundesvorsitzende namens des Bundesvorstandes die Beisitzerin des Bereiches I, Frau Simone *Rahn*, für 30 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im und für den VBB mit der Ehrenmedaille auszeichnen. Für 25 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit wurde der Landesvorsitzende Bayern, Lothar Breunig mit dem Ehrenzeichen des Verbandes ausgezeichnet und der stellvertretende Bundesvorsitzende Klaus-Peter *Schäfer* mit der Ehrennadel in Silber für 15 Jahre Mitgliedschaft im VBB. ■

Bundesvorsitzender in einem ersten Gespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion, MdB Dr. *Wadepful*

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag richtet nächste Woche einen Kongress zum Thema „Unsere Bundeswehr stärken, unsere Soldaten unterstützen – Eine Aufgabe für uns alle“ aus. Liest man die Einladung, so könnte der Eindruck erweckt werden, dass die Bundeswehr wieder nur aus den Soldaten/-innen besteht und die Bundeswehrverwaltung nicht existiert.

Auch wenn uns immer wieder vorgehalten wird, dass wir den Artikel 87b Grundgesetz wie eine Monstranz vor

uns hintragen würden, so werden wir jedoch auch nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Bundeswehr nun ein-

mal aus den Streitkräften und der Bundeswehrverwaltung besteht. Wenn in einem Kongress nun lediglich die Soldaten zu Wort kommen und anscheinend auch Zielgruppe sind, so müsste es eigentlich heißen: „Unsere Streitkräfte stärken ...“

Mit dieser Argumentation hat sich der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm diese Woche mit MdB Dr. Johann David Wa-

depful – einem der Ausrichter – getroffen, um einer einseitigen Blickrichtung direkt einmal entgegenzuwirken. Dr. Wadepful bekräftigte an dieser Stelle, dass es sich hierbei lediglich um eine Auftaktveranstaltung handele und er versichern könnte, dass die CDU/CSU-Fraktion auch die Belange der Bundeswehrverwaltung im Fokus habe. Er schlug vor, im Rahmen der von der Fraktion geplanten weiteren Veranstaltungen das Problem der Nachwuchsgewin-

nung in der Bundeswehr aufgreifen zu wollen. Hier werde der VBB in die Agenda miteinbezogen.

Das Gespräch wurde direkt genutzt, um weitere Problemlagen anzusprechen und darzulegen. Auf die Frage von MdB Dr. Wadephul, welche drei wichtigsten Schwerpunktthemen der VBB derzeit festmachen würde, erläuterte Wolfram Kamm die Problemstellungen rund um die Themen 1) Personalgewinnung/-mangel und Besoldungsfragen, 2) die Privatisierungen und 3) die Militarisierung des BMVg. In diesem Zusammenhang wurden auch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Einführung einer „Technikerzulage“ und die Ge-



schehnisse rund um das BAAINBw angesprochen. Gerade bei Letzterem war man sich einig, dass das Amt oft zu Unrecht als „Buhmann“ hingestellt wird und dass die Bundeswehr insgesamt klarer und die Forderungen der Soldaten

auch realistisch sein müssten. Um dies zu erreichen, fordert der VBB u. a., dass bereits bei der Projektaufstellung in den betroffenen Abteilungen im Ministerium Beschäftigte des BAAINBw als zusätzliche Experten mitwirken.

Es wurde vereinbart, sich weiterhin gegenseitig auszutauschen, und wir sind gespannt auf den nächsten Kongress – dann hoffentlich unter Berücksichtigung der zivilen Bundeswehrverwaltung.

Themenwechsel

Geplant war das Treffen als Austausch zum Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz (BesStMG) und es wurde zu einem großen Teil eine Diskussionsrunde rund um die Beschaffungsbehörde am Rhein und eine Bewertung des Ergebnisses des Expertenrates Beschaffungsorganisation.

Im Verlauf des Gespräches, zu dem sich der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Dennis Rohde, und der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Kahrs, mit dem Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, trafen, spannt sich der Bogen von der möglichen organisatorischen Zukunft des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung (BAAINBw) und die Frage der Gewinnung qualifizierten Personals, bis hin zur Frage der Zukunft des Marinearsenals in Wilhelmshaven.

Dabei waren sich beide Seiten in der Bewertung einig, dass mit dem Votum des Experten-

rates zwar eine „Schlacht“ gewonnen sein könnte, damit aber keine langfristige Bestandsgarantie für die Zukunft abgegeben werden könne.

Die Frage des Erhalts des BAAINBw in seiner Behördenstruktur hänge maßgeblich davon ab, so Johannes Kahrs und Dennis Rohde, ob es gelänge, die Vakanzen beim Personal zu beheben. Würde dieses nicht gelingen, sei es Wasser auf den Mühlen derer, die sich über eine Rechtsformänderung eine erleichterte Gewinnung von qualifiziertem Personal erhoffen.

Wolfram Kamm warb dafür, sich hinsichtlich der Personalgewinnung darüber Gedanken zu machen, ob dem nicht über eine Änderung der Zu-

ständigkeit unter gleichzeitiger Ausweitung der Präsenz bei einschlägigen Messen zu begegnen wäre. Dazu gehöre aber auch, dass qualifiziertes ziviles Personal möglichen Interessenten Rede und Antwort stehen muss.

Darüber hinaus sei zwingend erforderlich, über die Einführung und verstärkte Nutzung von Personalgewinnungszuschlägen und Personalbindungszuschlägen notwendiges Personal zu gewinnen und zu binden. Es sei mehr als unverständlich, dass sich das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) auch bei

dem anstehenden Gesetzesvorhaben nicht dazu habe durchringen können, durch die Wiedereinführung der Technikerzulage, alternativ einer Funktionszulage, die finanzielle Attraktivität im technischen Dienst zu erhöhen. Dazu gehöre auch die auszuweitende Anwendung der Aufstiegsverfahren, des Stellenbesetzungsverfahrens nach § 27 Bundeslaufbahnverordnung (BLV) sowie die Ausweitung des Einstieges in die Laufbahn mit einem höheren als dem Eingangsamte.

Weitere Gespräche wurden vereinbart.

